

FERNSEHKABEL

„Das schadet dem Standort“

Der Chef des größten deutschen TV-Kabelanbieters Kabel Deutschland (KDG), Roland Steindorf, 50, über das Scheitern seiner Monopolstrategie und die Konsequenzen für die Digitalisierung in Deutschland

SPIEGEL: Am Montag dieser Woche starten Sie Ihr neues Digitalangebot. Privatsender wie RTL oder ProSieben sind nicht dabei. Ihre Kunden sollen 99 Euro für einen Dekoder bezahlen, 14,50 Euro Freischaltgebühr sowie zusätzlich 9 Euro monatlich für das Digitalpaket. Warum sollten sie das tun und obendrein auf die privaten Marktführer verzichten?

Steindorf: Die Kunden haben die Wahl: Das analoge Angebot bleibt ja parallel bestehen. Was uns für unser Digitalpaket optimistisch stimmt, ist die Tatsache, dass es uns gelungen ist, mehr als 25 Veranstalter wie National Geographic, Disney, einen Sony-Filmkanal und den History-Channel zu gewinnen. Viele unserer Sender sind erstmals in Deutschland zu empfangen.

SPIEGEL: Eigentlich wollten Sie die Kabelgesellschaften in NRW, Baden-Württemberg und Hessen übernehmen, um dieses Angebot statt 10 Millionen künftig 17 Millionen Haushalten offerieren zu können. Das hat das Bundeskartellamt vorige Woche verhindert – Ihre Monopolstrategie ist gescheitert.

Steindorf: Das war keine Monopolstrategie. Wir wollten das Kabel, das ja in Konkurrenz zu anderen Infrastrukturen wie dem Satelliten steht, so aufrüsten, dass wir wettbewerbsfähiger sind.

SPIEGEL: Das Kartellamt sieht das anders.



Steindorf

Steindorf: Das Amt zementiert den Status quo, und das wird uns bei der Digitalisierung international weiter zurückwerfen. Nirgendwo gibt es einen solchen Flickenteppich wie bei uns. Mit 10 Millionen Haushalten ist es schwieriger, attraktive Sender nach Deutschland zu locken und Boxen-Produzenten von neuen Technologien wie Personal Videorecordern zu überzeugen. Es war gerade etwas Zuversicht gewachsen, die ist jetzt weg. Das schadet dem Medienstandort.

SPIEGEL: Vor allem schadet es Ihnen, denn parallel wird das digitale Antennenfernsehen DVB-T ausgebaut, das ein ähnliches Programmangebot bietet wie Sie – nur ohne monatliche Zusatzkosten.

Steindorf: Das ist eine klare Herausforderung, aber vor allem für Durchschnitts-TV-Kunden attraktiv, die sich mit 18 bis 24 Programmen zufrieden geben. Kabel bietet wesentlich mehr, vor allem künftig auch Services über TV hinaus. Was mich wirklich aufregt, ist die politische Unterstützung für DVB-T. Das verzerrt den Wettbewerb.

SPIEGEL: Sie hatten im Kartellverfahren zugesagt, jährlich bis zu 200 Millionen Euro ins Netz zu investieren. Bleibt es dabei?

Steindorf: Das war auf 17 Millionen Haushalte ausgelegt. Wir haben jetzt 40 Prozent weniger Kunden und werden unsere Investitionen entsprechend anpassen.

RUNDFUNK

Werbeverstoß beim MDR?

Ungewöhnliche Post erhielten in diesen Tagen die Mitglieder des MDR-Rundfunkrats: Der Geschäftsführer der privaten Antenne Thüringen, Hans-Jürgen Kratz, moniert darin „wiederholte Werbeverstoße“ des MDR. Vor allem kritisiert er ein Angebot der MDR-Werbung für die seit vorigen Montag laufende XXL-Herbstaktion des Senders MDR1 Radio Thüringen. Deren Werbekunden, so Kratz, habe die MDR-Werbung angeboten, „sie sowie die von diesen Unternehmen hergestellten bzw. angebotenen Waren und/oder Dienstleistungen gegen ein Entgelt von 1000 Euro



MDR-Zentrale in Leipzig

täglich mit mindestens 7 Nennungen“ vorzustellen. Dies sei „ein klarer Verstoß gegen das Gebot der Trennung von Werbung und Programm“, so Kratz. Er schreibe an die Rundfunkräte, so Kratz, da wir „leider keinen anderen Weg sehen, den MDR zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zu zwingen“. MDR-Pressereferent Mario Dense konnte auf Anfrage nicht ausschließen, dass das Angebot tatsächlich in dieser Form an Werbekunden ging. Inzwischen sei der Flyer aber modifiziert und entspreche den üblichen MDR-Konditionen. „Wir müssen jetzt intern prüfen, wie das so laufen konnte“, so Dense.

GEBÜHREN

Die Kef protestiert

Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (Kef) hat in scharfer Form das Vorhaben der Ministerpräsidenten kritisiert, die Rundfunkgebühr vom 1. April an um 86 Cent anzuheben. Diesen Kompromiss



hatten sechs Ministerpräsidenten am vorigen Montag ausgekugelt. In einem Brief an den Vorsitzenden der Rundfunkkommission der Länder, Kurt Beck, bezeichnet der Kef-Vorsitzende Rainer Conrad das Vorhaben nun als „ein erhebliches verfassungsrechtliches Problem“. Tatsächlich wurde die unabhängige Kef ins Leben gerufen, um

GEZ-Werbekampagne

eine möglichst politikferne Gebührenfestsetzung zu gewährleisten. Das Gegenteil, kritisieren Kef-Mitglieder, sei jetzt der Fall. Die Kef hatte eine Gebührenerhöhung um 1,09 Euro festgesetzt. Unterdessen sind am Freitag die Chancen für die 86-Cent-Lösung gestiegen. Bei einem Treffen der Chefs der Staatskanzleien im bayerischen Elmau herrschte darüber weitgehende Einigkeit. Anfang Oktober will die Ministerpräsidentenkonferenz die Änderung des Staatsvertrags beschließen, danach müssen alle 16 Landtage ihn ratifizieren.